

HUMAN DIMENSION IMPLEMENTATION MEETING

Warsaw, 19 to 30 September 2016

Working session 12: Tolerance and non-discrimination

Flüchtlingskrise in Europa und die Auswirkungen auf die Muslime in Europa

Türkische Gemeinschaft Schweiz (Turkish Community Switzerland)

Die Welt ist heute mit zwei tragischen Problemen konfrontiert:

Krieg in Syrien und Terror vor allem im mittleren Osten und in Europa.

Eine tragische Folgeerscheinung davon ist die Flüchtlingskrise, die nicht nur in Syrien, Türkei, Libanon und Jordanien aber auch in Europa zu grossen menschlichen und sozialen Problemen führt. Es ist zu wünschen, dass der Krieg in Syrien beendet wird und tragische menschliche Opfer vermieden werden können.

Europa (EU) zeigt keine grosse Bereitschaft für die Aufnahme der wirklichen Kriegsflüchtlinge. Die Leiden der Flüchtlinge um in den EU-Länder aufgenommen zu werden und die dabei entstehende viele menschliche Opfer stossen leider auf kein Verständnis. Man streitet seit Monaten um Aufnahme - Quoten der Flüchtlinge in den EU-Ländern.

Entsprechend verschiedenen Umfragen, besteht in der Bevölkerung der EU-Länder auch keine Begeisterung für die Aufnahme der Flüchtlinge. Es gibt heftige Proteste. Deshalb ziehen die EU-Länder die Lösung der Probleme möglichst in die Länge und versuchen die Flüchtlinge möglichst lange in den ersten Aufnahme-Ländern (Türkei, Libanon, Jordanien) zu lassen. EU trägt auch nicht wesentlich bei, die Nöte dieser Leute und deren Gastländer effizient zu lindern, obwohl sie durchaus in der Lage sind.

Sie wollen zwar einen Bruchteil der Flüchtlinge aufnehmen, sind aber sehr kritisch und wählerisch und wollen dabei vorwiegend gut ausgebildete, junge und christliche Asylanten aufnehmen. Muslime sind weniger willkommen, wie dies kürzlich eine internationale Studie zeigte. Wie ist dieses Verhalten der EU mit ihren sehr betonten humanistischen Prinzipien (Europäische Menschenrechts Konvention) vereinbar?

Diese Unruhe und Ablehnung der Bürger in den EU-Ländern nimmt leider zu. Dies führt dazu, dass die bereits Ausländer feindliche, rechtsgerichtete Gruppen und Politiker starken Aufwind bekommen. Sie verstärken die bereits vorhandenen Vorurteile gegen die Muslime und versuchen daraus für sich Nutzen zu ziehen. Auch ein Teil der Medien reitet gern auf dieser Welle. Diese Medien und Politiker benutzen oft das Argument, dass Islam und Muslime nicht zum christlichen Europa gehören. Obwohl Islam seit dem 8. Jahrhundert in Europa existiert und hat zur Entstehung der Renaissance wesentlich beigetragen.

Gewisse Kreise verwenden die tragischen Ereignisse im mittleren Osten (Kriege und Terror) als Beweise für Ihre Argumente. Auch wir verurteilen diese Ereignisse aufs schärfste, die mit Islam nichts zu tun haben. Dort wird die Religion politisiert und in den Händen einiger terroristischen Bewegungen stark missbraucht. Darunter leiden und sterben völlig unschuldige Menschen. Einige können sich aus dieser Hölle befreien und zuerst in die Nachbar-Länder, dann wenn möglich nach Europa flüchten.

Die steigende Ablehnung der Flüchtlinge werden auch die Muslime aus Türkei und Balkan, die Jahrzehnte lang in Europa leben und die europäischen Länder als ihre Wahlheimat betrachten, nun erneut als Fremdkörper, nicht vertrauenswürdig und potentiell gefährlich betrachtet. Das ist nicht fair! Natürlich schafft dies unnötige Schwierigkeiten in der Ausbildung und Arbeitsleben für die Muslime. Als Folge davon können Spannungen zwischen Einheimischer und Muslimischer Bevölkerung entstehen, was ein harmonisches Zusammenleben und den erwünschten Sozialfrieden gefährden und auch einen möglichen Nährboden für eventuelle kriminelle Handlungen vorbereiten kann.

Um verwerfliche Taten von Extremisten und gefährliche Konflikte zu vermeiden, sollen **koordinierte Anstrengungen einschliesslich Politik, Medien und Ausbildung** unternommen werden.

Natürlich soll die Ordnung und der Sozialfriede in den europäischen Ländern geschützt werden. Deshalb sollen die Politiker und die Medien, gerade in dieser kritischen Zeit sich an ihre Verantwortung gegenüber allen Bevölkerungsgruppen erinnern. Wir erwarten von den **Politikern**, dass sie in ihren Reden keine destruktive und populistische Rhetorik benutzen sondern den durch die Flüchtlingskrise entstehenden Spannungen durch konstruktive Lösungen entgegenzutreten.

Die **Medien** sollen bei der Information der Öffentlichkeit ihren eigenen ethischen Verpflichtungen treu bleiben und die Würde und die Rechte der anderen Kulturen respektieren und die Öffentlichkeit durch Vorurteile beeinflusste Nachrichten nicht verunsichern.

Den Jugendlichen anderer ethnischer oder religiöser Gruppierungen (z.B. Muslime) ein **Gefühl der Geborgenheit** und eine auf Leistung basierende Zukunftsperspektive geben. Ihnen soll auch mehr Möglichkeiten an der Partizipation am Öffentlichen Leben gegeben werden. Der erste und beste Schritt wäre es, Ihnen eine gute Ausbildung geben und unnötige Vorurteil belastete Hindernisse auf ihrem Weg zu beseitigen.

In der Schweiz gibt es zunehmend aufrichtige Bemuehungen in all diesen Punkten. Es gibt aber auch stoerende Ausnahmen, die zur Xenophobie und Islamofobie fuehren koennten.

Zur Loesung der oben erwaehten Probleme sollte man Gemeinsamen Werte zwischen den Kulturen und Religionen finden und foerdern, statt Unterschiede zu suchen und

daraus Feindbilder erzeugen. In einer multikulturellen Gesellschaft soll man einander akzeptieren, nicht nur tolerieren. Auf diese Weise kann man die meisten oben erwähnten Gefahren verhindern oder mindestens wesentlich reduzieren. Deshalb soll man durch aufrichtigen Dialog die Öffentlichkeit aufklären und Vorurteile und die daraus entstehenden Feindbilder verhindern. Das soll schon in der Schule beginnen. Hier sind nicht nur Politiker und Medien, sondern wir alle in unserer Gesellschaft gefordert.

Wir danken OSCE fuer ihre friedensfoerdernden Bemuehungen und erklaren unsere Bereitschaft sie dabei zu unterstuetzung innerhalb unserer Moeglichkeiten.

Kahraman Tunaboylu
Turkische Gemeinschaft Schweiz
Turkish Community Switzerland